

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/145

Bonn, den 17. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 Der Dampf ist kalt geworden 20

Zu Professor Erhardts Fernsehauftritt

1 Unangebrachtes Eruebekennnis 16

Die Generalität und der Verteidigungsminister

2 - 3 In allen Kontinenten vertreten 67

... Aus dem Tätigkeitsbericht
der sozialistischen Jugendinternationale
Von Horst Seefeld

4 - 5 Berliner Schule geht wieder voran 81

Auf dem richtigen Wege zur deutschen Kultureinheit
Von Professor Kurt Landsberg

Der Auslandsbericht:

6 Bonn und Bukarest 45

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Der Dampf ist kalt geworden

Zu Professor Erhards Fernsehauftritt

sp - Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard hat am Montagabend im Deutschen Fernsehen unmißverständlich kundgetan, daß er mit seinem Latein am Ende ist. Keine der ihm von Journalisten gestellten Fragen zur Währungs- und Wirtschaftspolitik wurde klar beantwortet. Die unter diesen Umständen naheliegendste Idee, Wirtschafts- und Finanzpolitik durch die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften seit langem geforderte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in den Griff zu bekommen, um notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Währung und Konjunktur ergreifen zu können, scheint Herrn Professor Erhard fremd zu sein. Oder d u r f t e der Vizekanzler und Wirtschaftsminister darüber nicht reden, nachdem Bundeskanzler Adenauer ihm - sichtbar für alle Welt - durch die Ankündigung, e r werde nun alles in Ordnung bringen, das Heft aus der Hand genommen hat? So sah man am Ende dieses Fernsehgesprächs einen von seiner Aureole entblößten Mann, dem nichts weiter übriggeblieben ist, als unverbindliche Erklärungen zur Währungs- und Wirtschaftspolitik abgeben zu müssen. Noch selten ist das Gespenst der politischen Führungslosigkeit in der Bundesrepublik so sichtbar geworden, wie an diesem Abend. Der Dampf von Erhards Zigarre ist kalt geworden.

Unangebrachtes Treuebekenntnis

Die Generalität und der Verteidigungsminister

sp - Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Förtsch, ein von allen Seiten hoch geschätzter Mann, hat es für notwendig gehalten, im Namen der Generalität den Verteidigungsminister Franz Josef Strauß in aller Öffentlichkeit zu bitten, er, Strauß, möge doch sein jetziges Amt in Bonn behalten und nicht den Posten eines Ministerpräsidenten in Bayern annehmen. Glaubte Förtsch, mit dieser Bitte eine Art Treuebekenntnis für den Verteidigungsminister ablegen zu müssen? Ein solches war bestimmt nicht angebracht. Es gehört nicht zu den Aufgaben eines Generalinspekteurs der Bundeswehr, einen Minister zu bitten, im Amt zu bleiben. Die Versuchung wäre eines Tages vielleicht allzu groß, dann selbst darüber mitbestimmen zu wollen, wer Verteidigungsminister sein soll oder nicht. Dies ist eine Angelegenheit der Politiker, denn sie tragen die Verantwortung, nicht die Generalität. Treue in allen Ehren - aber in diesem Fall wirkt sie als eine unangebrachte Einmischung in einen Bereich, über den die Generalität und der Generalinspekteur der Bundeswehr nicht zu befinden haben.

In allen Kontinenten vertreten

Aus dem Tätigkeitsbericht der sozialistischen Jugendinternationale

Von Horst Seefeld

Drei Tage lang haben sich in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen Vertreter von 70 Mitgliedsorganisationen der Internationalen Union Sozialistischer Jugend (IUSY) zu einer Executiv-Komitee-Sitzung getroffen.

Aus dem Bericht des Generalsekretärs konnte entnommen werden, daß diese Jugend-Internationale in immer stärkerem Maße Interesse bei den jungen asiatischen und afrikanischen Völkern findet. Das kommt vor allen Dingen darin zum Ausdruck, daß der Austausch von IUSY-Mitgliedsverbänden und den Jugendorganisationen in Afrika und Asien von Jahr zu Jahr stärker wird und vor allem auch dadurch, daß bei jeder Sitzung der IUSY Aufnahmeanträge zu behandeln sind. Bei dem Kongreß traten erstmals in stärkerem Maße Vertreter aus südamerikanischen Ländern auf. Die deutschen Jungsozialisten erhielten eine Einladung, auf dem Jahreskongreß der sozialdemokratischen Jugend in Venezuela vertreten zu sein und über die Arbeit der Jungsozialisten vor einem Gremium mehrerer südamerikanischer Länder zu sprechen.

Der IUSY-Kongreß nahm die sozialdemokratische Jugend aus Mauritien als neues Mitglied auf und behandelte Aufnahmeanträge aus Pakistan, Tanganjika, Kongo (Leopoldville), Kenia, Australien und der ägyptischen sozialistischen Studenten im Exil. Eine Entscheidung über die zuletzt genannten Organisationen wird erst bei der nächsten Zusammenkunft gefällt.

Zur Eröffnung der Tagung überbrachte Aلسing Andersen die Grüße der Sozialistischen Internationale und der frühere Generalsekretär der IUSY, Per Haekkerup, der jetzt dänischer Chef-Delegierter bei den Vereinten Nationen ist, sprach für die dänischen Sozialdemokraten.

Im Verlauf der Tagung wurde auch ausführlich über die Situation in Berlin gesprochen. Die Konferenz nahm eine Resolution an, in der es heißt:

"Die Vertreter von 70 Mitgliedsorganisationen der IUSY protestieren erneut gegen die unmenschliche Diktatur der kommunistischen Machthaber in Ostdeutschland. Sie verurteilen aufs schärfste die Errichtung der Schandmauer in Berlin und erklären sich solidarisch mit der

unterdrückten Bevölkerung im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands."

Außerdem wurde an die Pankower Machthaber die Aufforderung gerichtet, das Schießen auf Flüchtlinge einzustellen. In einer weiteren Resolution verdammen die IUSY-Vertreter die ständigen Atomversuche in Ost und West. Sie baten die betreffenden Nationen, ihre Versuche einzustellen.

Die IUSY-Vertreter erklärten sich außerdem solidarisch mit den unterdrückten Sozialisten in Indonesien und in Nepal.

In einer anderen Resolution wurde eine Grußbotschaft an die Bevölkerung Algeriens gerichtet, und die Hoffnung ausgesprochen, daß Algerien einen achtbaren Platz in der Völkergemeinschaft einnehmen werde.

Der Bevölkerung von Angola und Mozambique wurde das vollste Verständnis der jungen Sozialdemokraten für ihre Kämpfe um die Freiheit ihrer Länder zugesichert.

Mit besonderem Beifall wurde eine Entschlieung verabschiedet, in der die Regierung in Südafrika aufgefordert wurde, endlich mit dem Rassenhaß aufzuhören. Eine besondere Grußadresse wurde an die spanischen Arbeiter übermittelt und die Hoffnung ausgesprochen, daß das diktatorische Franco-Regime bald beendet sei.

Der Kongreß beschäftigte sich weiterhin mit organisatorischen Fragen und legte eine Reihe von Veranstaltungen für die nächste Zeit fest. In der Bundesrepublik Deutschland werden dabei u.a. ein internationales Seminar in Saarbrücken über Fragen der europäischen Wirtschaft, ein Studentenseminar in Berlin und im Frühjahr des nächsten Jahres eine Zusammenkunft der Studentenorganisationen aus allen IUSY-Ländern in Bergneustadt abgehalten.

Für die asiatischen Teilnehmer wird ein Seminar in Burma durchgeführt und in Japan eine Schule für junge Sozialdemokraten errichtet. Das nächste internationale Camp der IUSY soll in drei Jahren voraussichtlich in Israel abgehalten werden.

An der Kopenhagerer Tagung nahmen von deutscher Seite die drei Vollmitglieder der IUSY, die Jungsozialisten, die SJD "Die Falken" und der SHB teil. Der im Januar von seiner Vollmitgliedschaft in der IUSY zugunsten des SHB entbundene SDS versuchte vorgeschlich, die Mitgliedschaft wieder zu erlangen.

Berliner Schule geht wieder voran

Auf dem richtigen Wege zur deutschen Kultureinheit
Von Professor Kurt Landsberg

Es war ein großes Unterfangen, als im Januar dieses Jahres der Senat eine "Denkschrift zur inneren Schulreform" veröffentlichte, die unter der Leitung des Landesschulrates G.H. Evers (SPD) erarbeitet war. Es war bedeutungsvoll, daß Berlin als das einzige deutsche Land eine langfristige Planung der Öffentlichkeit vorlegte. Der Kenner der europäischen Schulverhältnisse wußte zwar, daß solche Planungen in den übrigen Staaten bestanden, nicht aber in den Ländern der Bundesrepublik. Wie so oft in den letzten Dezennien war wieder Berlin der Motor des schulischen Fortschritts in Deutschland.

Jetzt wird wieder auf diesem Weg vorangegangen. Die deutschen Kultusminister und -senatoren hatten im September vorigen Jahres Empfehlungen zur didaktischen und methodischen Gestaltung der Oberstufe der wissenschaftlichen Oberschulen (Gymnasien) gegeben, die auf der Grundlage der Beschlüsse der sogenannten Saarbrückener Rahmenvereinbarung beschließen waren. Die Berliner Unterrichtsvorwaltung hat jetzt, erneut in die Zukunft vorstoßend, Vorschriften zur Durchführung erlassen, die an die Volksschulämter der Bezirke und die Schulaufsichtsbeamten gerichtet sind. Sie ist dadurch einem tüchtigen Gerede von Unkundigen entgegengetreten und hat der Öffentlichkeit bewiesen, daß gerade Berlin Gewicht auf die kulturelle Zusammenarbeit der deutschen Länder legt.

Worum geht es?

Worum geht es im wesentlichen? In den beiden letzten Klassen der wissenschaftlichen Oberschulen (12 und 13) sind als Kernpflichtfächer festgelegt: in allen Schulen Deutsch und Mathematik; dazu im altsprachlichen Zug: Latein und Griechisch, im neusprachlichen Zug: die ersten beiden Fremdsprachen (zumeist Englisch und Latein), im mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug: Physik und die erste Fremdsprache (überwiegend Englisch). Verbindliche Unterrichtsfächer sind weiterhin Gemeinschaftskunde, Leibesübungen und ein musikalisches Fach (Musik oder bildende Kunst) nach Wahl des Schülers. Der Schüler kann ein weiteres Pflichtfach wählen: im sprachlichen Zug: Physik oder Biologie, im mathematisch-naturwissenschaftlichen Zug: Chemie oder Biologie.

Diese Fächerauswahl ist bedeutsam für die Reifeprüfung (Abiturientenexamen), bei der die vier Kernpflichtfächer jedes Zuges Gegenstand der schriftlichen Prüfung sind. Diese Fächer sind auch Gegenstand der mündlichen Prüfung, zu denen das Fach Gemeinschaftskunde und ein weiteres Fach hinzukommen. Hierbei kann der Schüler wählen zwischen dem obengenannten Wahlpflichtfach und dem gewünschten musikalischen Fach oder einer weiteren Fremdsprache.

Übergang ohne Schwierigkeiten

Natürlich kann diese grundlegende Änderung nicht sofort durchgeführt werden, wenn auch die Schüler der oberen Klassen, die heute noch unter der Vielzahl der Unterrichtsfächer leiden, sie verlangen. In

ruhiger Überlegung wird jetzt die neue Reifeprüfungsordnung mit vielen Einzelheiten vorbereitet, so daß die Reifeprüfung in neuer Form am Schluß des Schuljahres 1964/65 vonstatten gehen kann. Schon jetzt aber werden die Stundentafeln der 11. Klasse so abgeändert, daß der Übergang auf die neu zu gestaltenden Stundentafeln der 12. und 13. Klassen ohne Schwierigkeiten erfolgen kann.

Von Bedeutung ist, daß der "Entwurf eines Bildungsplanes für die Oberschule Wissenschaftlichen Zweiges" aus dem Jahre 1954 eine grundlegende Abwandlung erfährt. Neue "Rahmenrichtlinien", auch für die Fächer, die in der 11. Klasse abgeschlossen werden, sind in Vorbereitung.

Der Bürger unserer Zeit wird mit Befriedigung dem zustimmen, daß dem neuen Fach "Gemeinschaftskunde" ein besonderes Gewicht zugesprochen wird. In ihm sollen in den 12. und 13. Klassen die Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde vereinigt werden. Damit werden große Anforderungen an die Lehrer gestellt, die in diesem Fach unterrichten; sie werden sich vielfach über die Kenntnisse hinaus, die sie sich in ihrem Studium erworben haben, weiterbilden müssen. Aber es besteht bei dieser Regelung eine erwartungsvolle Aussicht, daß unsere heranwachsende Jugend zu gediegener politischer Bildung gelangt.

In Übereinstimmung mit den Kultusministern

Aus unserer Darstellung dürfte deutlich hervorgehen, wie stark sich die Berliner Schulverwaltung mit der Allgemeinregelung der deutschen Kultusminister verbunden fühlt. Was soll dann aber die Forderung bedeuten, die der Sprecher der CDU bei der Diskussion über die Regierungserklärung im Berliner Abgeordnetenhaus stellte, die Berliner Schule sollte an den Bund angeglichen werden. Der Schreiber dieser Zeilen hat in den letzten drei Monaten mit allen zehn Leitern der Schulabteilung in den deutschen Kultusministerien Gespräche über die Schulsituation des betreffenden Landes geführt und mit Bewegung feststellen müssen, daß Unterschiede in der Gestaltung der Schule, in den Bildungsplänen und den Prüfungsanforderungen in einem unwahrscheinlich großen Umfang und bedrückenden Ausmaß vorhanden sind. Der Fraktionssprecher der CDU hat mit seinen Ausführungen nur zu erkennen gegeben, daß seine Kenntnisse "von keines Wissens Blässe angekränelt" sind". Vielleicht stellt er das nächstemal dar, ob Berlin sich dem Schulwesen Bayerns oder Hamburgs, Nordrhein-Westfalens oder Hessens "angleichen" soll. Aber er braucht es nicht zu tun. Die Berliner Schulverwaltung ist auf dem richtigen Wege: Vorauszuschreiten und fortzuschreiten auf dem Wege zur deutschen Kultureinheit, wie sie von den elf Kultusministern und Kultussenatoren einmütig geplant wird.

Bonn und Bukarest

Von unserem Korrespondenten in Belgrad Harry Schleicher

Die unlängst veröffentlichte statistische Übersicht des rumänischen Außenhandels zeigt, daß die Wirtschaftsbeziehungen dieses Landes zur Bundesrepublik trotz fehlender diplomatischer Kontakte einen beachtenswerten Stand erreicht haben. Nach der Sowjetunion, die unter den rumänischen Außenhandelspartnern mit 3,9 Milliarden Lei den ersten Platz einnimmt, rangiert die Bundesrepublik mit 680 Millionen Lei bereits an dritter Stelle hinter der zweitplazierten Tschechoslowakei (798 Mill.). Mit diesem Warenaustausch im vergangenen Jahr ist die Bundesrepublik allen anderen westlichen Außenhandelspartnern Rumäniens beträchtlich voraus: Großbritannien folgt mit 445, Italien mit 317, Frankreich mit 283, Österreich mit 189 und die Schweiz mit 183 Millionen Lei. Irgendwo dazwischen rangieren die übrigen europäischen Ostblockstaaten.

Eine solche Entwicklung des bundesdeutsch-rumänischen Handels ist umso beachtenswerter in Anbetracht der noch vor wenigen Jahren aufgetauchten Schwierigkeiten. Bekanntlich kam es 1959 auf der Linie Bonn - Bukarest zu nicht unerheblichen Verstimmungen, als die Bundesregierung den Rumänienhandel an die Voraussetzung einer schnelleren Repatriierung von Rumäniendeutschen binden wollte. Die ebenso harte Ablehnung dieses Junktims seitens Bukarests förderte zu jener Zeit weder den gegenseitigen Handel noch die gewünschte Familienzusammenführung, die die rumänische Regierung generell bejahte.

An dieser Einstellung hat sich in Bukarest auch heute nichts geändert. Obwohl man über dieses Problem nur wenig spricht, scheinen sich jedoch die Dinge in den letzten Monaten recht gut zu entwickeln. Nach einem vorübergehenden Stillstand in der Gewährung von Ausreiseerlaubnissen, der mit der Errichtung der Berliner Mauer zusammenfiel, werden in diesem Jahre Ausreisebewilligungen wieder in größerem Ausmaße denen gewährt, auf die die Bestimmungen der Familienzusammenführung (Verwandte ersten Grades und Eheleute) zutreffen.

Diese recht flexible Politik der rumänischen Regierung ist vorerst auch durch den erst unlängst ergangenen Parteibeschluss unberührt geblieben, die Deutschen in Rumänien in stärkerem Ausmaße als bisher für die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei zu gewinnen. Das Argument für diesen Beschluss, die deutsche Nationalität sei nicht entsprechend ihrer Zahl in der Partei vertreten gewesen, deutet auf die reservierte Haltung großer Teile der stark religiös orientierten Rumäniendeutschen hin. Daß aber gewisse Wandlungen eintreten, beweisen die zunehmenden Eheschließungen zwischen Rumänen und Deutschen. Eine Erscheinung, die nach Versicherungen, besonders der älteren Generation der Siebenbürger Sachsen, in der Vorkriegszeit keine Parallele aufzuweisen hatte.

Wenngleich nicht präzise zu bestimmen ist, wie stark solche und andere Tendenzen innerhalb der deutschen Minderheit in Rumänien sind, scheint sie in ihrer noch immer sehr zahlreichen Kompaktheit insbesondere auf der Welle der augenfälligen Wirtschaftserfolge des Landes für die Bukarester Regierung kein politisches Problem zu sein.

* * *